DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 27 ab Samstag, 21. November 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Crowdfunding« bitte an A. Lenz / DW IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Die 27. Ausgabe der auflagenstärksten Wochenzeitung/Text! Corona ist kein Zombie-Virus (Seite 3) • Die vermeintliche Gesundheitskrise überlagert eine korporatistische Aktion im NATO-Raum zur Zerstörung von Arbeiterschaft und Mittelstand (Seite 8) • Juristischer Widerstand, Preis der Republik (Seite 2) • Millionen Menschen sind weltweit bereits im Aufstand (Seiten 1, 4, 5, 7) • Corona-Klimaschutz? Pustekuchen! (Seite 9) • Zur Gleichschaltung von Medien und Gewerkschaften (Seiten 1, 2, 6, 9) • Letzte Standards bewahren? (Burgfrieden/ Querfront-Spezial Seiten 10, 11) • Grundgesetz Seite 12.

MASSEN IN BERLIN GEGEN CORONA-ERMÄCHTIGUNGSGESETZ

VÖLLIGER VERTRAUENSVERLUST: STAAT, PARTEIEN, MEDIEN

PARLAMENT SCHICKT SICH IN DIKTATUR

Berliner Aufstand: So lief der Mittwoch wirklich

von Anselm Lenz

Berlin/DW. Das Grundgesetz sichert jeder Bundesbürgerin und jedem Bundesbürger das Widerstandsrecht zu, wenn sich Regierungen über den Verfassungstext hinwegsetzen. Das Corona-Regime der Konzerne, hiesig unter politischer Verantwortung der Rädelsführer Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Frank-Walter Steinmeier und in De-facto-Sonderrechtsrolle Jens Spahns, hat am vergangenen Mittwoch Demokratie und Rechtsstaat nahezu völlig zerstört.

Mit Hilfe der Stimmen der Abgeordneten von CDU, CSU, SPD sowie den willigen Bündnisgrünen beschlossen sie ein neues Ermächtigungsgesetz, getarnt als »Bevölkerungsschutzgesetz«, flankiert von abermals fanatischer Propaganda der Konzern- und Regierungsmedien. Bundesrat und Bundestagspräsident gaben noch am Abend ihre Zustimmung. Die Grüne Partei sicherte sogar am selben Tag zu, künftig noch problemloser für Kriegseinsätze der Bundeswehr ohne Mandat der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stehen. Der Einsatz der Bundeswehr ist grundgesetzlich strengstens verboten, sogar die Vorbereitung eines Krieges bereits strafbar.

Der größte Krieg wird derzeit gegen die eigene Bevölkerung geführt. Gegen eine kurzfristige Massendemonstration von insgesamt an die 100.000 friedlichen Demonstranten für die Grundrechte auf der Straße des 17. Juni und am Brandenburger Tor ließ Merkel Wasserwerfer vorfahren und diese bei herbstlichen Temperaturen mit Pfefferspray versetzt auf Familien, Kinder und Alte abfeuern.

Bereits seit 28. März versammeln sich bundesweit Millionen von Menschen überall gegen das Corona-Regime der »neuen Normalität«; Großdemonstrationen mit teils zwei Millionen Teilnehmern fanden in Berlin statt und sind für spätestens 31.12. wieder angekündigt.

Bericht aus Berlin Seite 7

Wer das freie Wort angreift, hat Angst

von Milosz Matuschek

1933 saß Sebastian Haffner als junger Rechtsreferendar in einer Berliner Bibliothek über einem Aktenstück, als die Tür aufging und SA-Leute forderten, dass alle Nichtarier den Ort zu verlassen hätten. Ehe er sich versah, stand schon ein Braunhemd vor ihm und bellte die Frage: »Sind Sie arisch?« Haffner, der die Unterscheidung in Arier und Nichtarier ablehnte, antwortete trotzdem verdutzt mit »ja« und wurde in Ruhe gelassen. Hinterher notierte er in seinen Aufzeichnungen den Satz: »Versagt in der ersten Prüfung.«

Erleben wir gerade nicht wieder so einen Sebastian-Haffner-Moment? Es grassiert ein doktrinärer, totalitärer Zeitgeist bei einigen Journalisten und Politikern, die in Freund und Feind unterteilen, diffamieren und hetzen. Besonders heftig gerade gegen Kritiker der Coronapolitik der Bundesregierung, die als Spinner, Covidioten und Extremisten unmöglich gemacht werden sollen. Differenziert und diskutiert wird nicht mehr. Es herrscht ein Informationskrieg, ein Kollaps des öffentlichen Debattenraums. Der Debattenraum ist das Herz der Demokratie, und dieses setzt gerade hin und wieder aus.

DIE ZENSURWELLE – weiterlesen Seite 6

Grundrechte verteidigen

NICHTOHNEUNS.DE

HUMANITÄT DER RECHTSORDNUNG

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Viviane Fischer.***
von Batseba N'Diaye



Während im März viele noch in heller Panik vor einem Killer-Virus waren, machte eine Petition der Rechtsanwältin Viviane Fischer die Runde. Diese forderte eine Studie, die die Ausbreitung des Virus in der Bevölkerung, den Grad der Immunität und eine Ermittlung der Sterbequote zum Inhalt haben solle. Bis heute liegt diese Studie erstaunlicherweise nicht vor.

Da das Regierungshandeln intransparent und undemokratisch war, wurde nach dem Lockdown die Forderung nach einem Corona-Untersuchungsausschuss laut, der die Entscheidungen der Regierung nach ihren Ursachen und Wirkungen beleuchten sollte. Eine Aufarbeitung des ersten Shutdowns, seiner Erfolge, Misserfolge und Kosten. Wieder kam aus dem Parlament nichts, sodass erneut Viviane Fischer mit Kollegen den Schritt zur Einleitung dieses Verfahrens machte. Seitdem sind fast 6.000 Stunden Verhandlung geführt worden, die sachlich, frei zugänglich und faktenbasiert Ungeheuerlichkeiten des Hygieneregimes aufdecken. Diese Verhandlungen sind eine Chronik der obrigkeitsstaatlichen, verfassungsbrüchigen und unwissenschaftlichen Gegenwart, werden aber wohl auch Grundlage für faire Gerichtsverfahren in der Zukunft sein.

Durch ihre professionelle und analytische Haltung, die eine Distanz zu den Geschehnissen und ihren Protagonisten ermöglicht, hat sie einen nur zu unterschätzenden Beitrag für die Verfassungsbewegung geleistet. Wir ehren Viviane Fischer und die »Anwälte für Aufklärung« für ihren unermüdlichen, professionellen und initiativen Einsatz für die hohen Güter Rechtssicherheit und Grundrechte auch über persönliche Anfeindungen hinweg.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Viviane Fischer für ihr Ethos als Juristin verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel.



Zum Geleit
EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 27. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW/Lenz, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.



We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

KAMPFSTREIK



AUFRUF ***der Demokratischen Gewerkschaft***
von Anke Wolff

Die Demokratische Gewerkschaft unterstützt den Protest gegen die Ermächtigungsgesetze in Deutschland. Jetzt geht es uns wirklich alle an. Bedingt durch immer weiter um sich greifende Sanktionen und Begrenzungen, Verordnungen und sich ständig ändernde Auflagen in vielen Berufsgruppen, werden inzwischen auch Betriebsräte und Firmenbelegschaften aktiv.

Das tun sie trotz und gerade wegen des vom DGB vorgelegten Gleichschaltungskurses im Gleichschritt mit Regierung und Medienpropaganda. Wir warten nicht, bis der letzte Betrieb des Mittelstandes seine Türen endgültig schließen muss

Wir, die *DG* rufen Euch alle, Betriebsangehörige, Betriebsräte und Firmenleitungen auf, gemeinsam in den Protest einzustimmen, in Einigkeit und Solidarität unsere Rechte und unsere Selbstbestimmung einzufordern! Kommt zur *DG* oder/und fordert Eure Gewerkschaften und Verbände zum Handeln auf! Sechs Millionen Gewerkschafter/innen in Einigkeit und Hand in Hand können und werden etwas bewegen! Wenn wir nicht mehr produzieren und liefern, wenn wir uns einig sind, auch einen flächendeckenden Boykott in Betracht ziehen, dann werden wir Gehör finden!

Die *DG* ist zwar noch klein, wir sprechen aber aus, was der DGB mit seinen Gewerkschaften nicht sagen mag: Als Erwerbstätige, Selbständige des Mittelstandes und auch als Erwerbslose sind wir doch samt und sonders Betroffene dieser Ausnahmezustände, die nun zur Dauerausnahme gemacht werden sollen! Aber wir sind auch die Vielen, die, wenn sie aufstehen, Regierungen und deren Macht in die Knie zwingen können! **Steht mit uns auf, steht mit uns für die Freiheit, für unsere Existenzen! Überwinden wir die Unterschiede, seien wir, was wir alle sind: Menschen!** demokratischegewerkschaft.de

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu

*Diese **»Banken«** schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*







+++MELDUNGEN+++

ANWÄLTE WARNEN VOR DEM ZUGRIFF JENS SPAHNS AUF DIE KÖRPER DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Berlin/DW Der Gesundheitsminister darf schon länger mit Zustimmung des Bundesrates anordnen, dass »bedrohte Teile der Bevölkerung an Schutzimpfungen oder anderen Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe teilzunehmen haben, wenn eine übertragbare Krankheit mit klinisch schweren Verlaufsformen auftritt und mit ihrer epidemischen Verbreitung zu rechnen ist«, § 20 Abs. 6 Infektionsschutzgesetz (IfSG). Dazu zählt nach Ansicht der Regierung und des Bundestages auch SARS-CoV-2. Zu den sogenannten »bedrohten Teilen der Bevölkerung« gehören Alte, Menschen mit Vorerkrankungen und Personen, die im Gesundheitswesen tätig sind. »Daher wird mit größter Wahrscheinlichkeit – sobald der Impfstoff verfügbar ist – die Impfung gegen das Virus SARS-CoV-2 für etwa 40 Prozent der Bevölkerung, mithin für etwa 33 Millionen Menschen, zwangsweise durch Verordnung nach § 20 Abs. 6 IfSG angeordnet werden«, warnen die Anwälte für Aufklärung in ihrem jüngsten offenen Brief. Darüberhinaus sehen die Juristen eine Zwangsimpfung durch die Hintertür für alle, die aus Risikogebieten nach Hause zurückkehren und nicht wochenlang in Quarantäne möchten. (sma)

GENETISCHE VERBESSERUNGEN DES MENSCHEN

Mainz/Berlin/DW Die Impfstoffe, gegen Corona haben einen neuen Wirkmechanismus, welcher bislang noch nicht auf seine langfristigen Folgen hin getestet ist. Dieser soll die DNA des Menschen dahingehend verändern, dass die Zellen nicht mehr vom Virus angegriffen werden können. Dies stellt erstmalig eine Genveränderung an Menschen da, die bislang als Tabu behandelt wurde. Bisher dauerte das Zulassungsverfahren für Impfstoffe mit allen Testverfahren um die zehn Jahre. Wie Langzeitfolgen in nur wenig Monaten der Testung festgestellt werden sollen, bleibt fraglich.

Nach Angaben der Hersteller Biontech soll dier Corona-Impfstoff eine Wirksamkeit von 90 Prozent haben, derjenige der Firma Moderna sogar 95 Prozent. Die Überbietungsrhetorik klingt eher marktschreierisch als wissenschaftlich. Zum Vergleich: Die langjährig erforschte und angewandte Grippeimpfung hat nach Angaben des Robert-Koch-Instituts in den vergangenen Jahren eine durchschnittliche Wirksamkeit von 10 Prozent. Hinzu kommt, dass der neue Impfstoff nach Angaben des Gesundheitsministerium in eigens dafür gebauten Impfzentren verabreicht werden soll, womit etwaig auftauchende Widerstände der Ärzte umgangen werden können. Der Impfstoff bleibt unter Medizinern umstritten, ebenso die Frage, warum eine viele Millionen Euro teure Infrastruktur für einen einzigen Impfstoff aufgebaut werden muss und wofür diese nach der Verabreichung weiter genutzt werden soll. (hes)



ZUR MASKE

VERANTWORTUNGSLOSE AUFGABE ERREICHTER ZIVILISATORISCHER STANDARDS

Berlin/DW Die *Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung* (DGUV) setzt ihre Schutzstandards herab. Die Regeln für die Benutzung von Atemschutzmasken sind seit Jahren festgelegt, um die körperliche Unversehrtheit von Menschen am Arbeitsplatz zu gewährleisten. Dies sieht u.a. beim Tragen von »partikelfiltrierenden Halbmasken«, wie eine FFP2-Maske eine maximale Tragedauer von 75 Minuten vor, danach eine Ruhepause von 30 Minuten. Insgesamt soll an einem Tag maximal dreimal die Maske für diesen Zeitraum getragen werden. Darüber hinaus muss nach zwei Tagen Maskenschicht ein Ruhetag eingelegt werden. In einer Woche darf maximal viermal das Maskentragen auf der Arbeit stattfinden. So die Regeln für den Arbeitsschutz der DGUV bis zum Aufkommen von der Corona.

Im guten Glauben an die Haltbarkeit von erreichten Standards beriefen sich der Anwalt Ralf Ludwig und die Kollegen von Klagepaten auf diese Regelungen, die auch nach Jahren des gewerkschaftlichen Kampfes eingeführt worden waren. Sie machten einen Aufruf, dass sich Eltern von Schulkindern und Arbeitnehmer auch auf diese Schutzregeln berufen können.

Tausende Menschen reagierten auf diesen Aufruf und meldeten sich bei der DGUV in der Hoffnung, dass diese ihre eigenen »aus jahrelange Erfahrung abgeleiteten« Regeln beachten und sie in der Auseinandersetzung mit Arbeitgebern, Schulleiter und Obrigkeit unterstützen. Die Unfallversicherung reagierte in einer Stellungnahme vom 13.11.2020: »Personen, die Verantwortung für die Sicherheit und Gesundheit anderer Menschen tragen, setzen sich keinen Haftungsrisiken aus, wenn sie das Tragen von Mund-Nase-Bedeckung anordnen.« Mit diesem Blankoschein bricht die DGUV ihre eigenen Regeln und weigert sich, ihrer Aufgabe nachzukommen, durch klare Versicherungsregeln die Gesundheit der Menschen zu sichern. (hes)

KLARSTELLUNG

An dieser Stelle erschien in der vergangenen Woche erneut die Einschätzung der Lage von Dr. Stefan Rohrer vom 24. Oktober 2020. Darin beschrieb er eindrücklich die Situation auf der leeren Intensivstation im Frühjahr dieses Jahres. Mittlerweile sind die Corona-Betten des Krankenhauses frequentiert, außer Kontrolle ist die Lage im Krankenhaus indes keinesfalls. Eine unabhängige medizinische Einordnung Dr. Rohrers folgt demnächst.

PCR-TEST

PORTUGAL ERKENNT PCR TEST DIE AUSSAGEKRAFT AB

Lissabon/DW Die portugiesische Justiz hat dem Corona-Horror ein Ende bereitet. Am 11. November entschieden die Richterinnen des Lissabonner *Tribunal da Relaçao* (Berufungsgericht), dass »dieser Test nicht in der Lage ist, zweifelsfrei festzustellen, ob die Positivität tatsächlich einer Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus entspricht«. Der PCR-Test falle unter üblichen Anwendungsbedingungen derzeit mit einer Wahrscheinlichkeit von »97 Prozent falsch positiv« aus. Jeder diagnostische Test müsse aber im »Kontext der tatsächlichen Krankheitswahrscheinlichkeit interpretiert werden«. Das Gericht könne so niemals feststellen, wer Träger des Virus und wer einem echten Risiko ausgesetzt sei; weder sei also der Test wissenschaftlich noch das Krankheitsniveau als bedrohlich feststellbar. Weiterführende Informationen finden sich auf der Seite *coorodok.de* (ale)

ÜBERSTERBLICHKEIT: 45% STARBEN WEGEN DES LOCKDOWNS

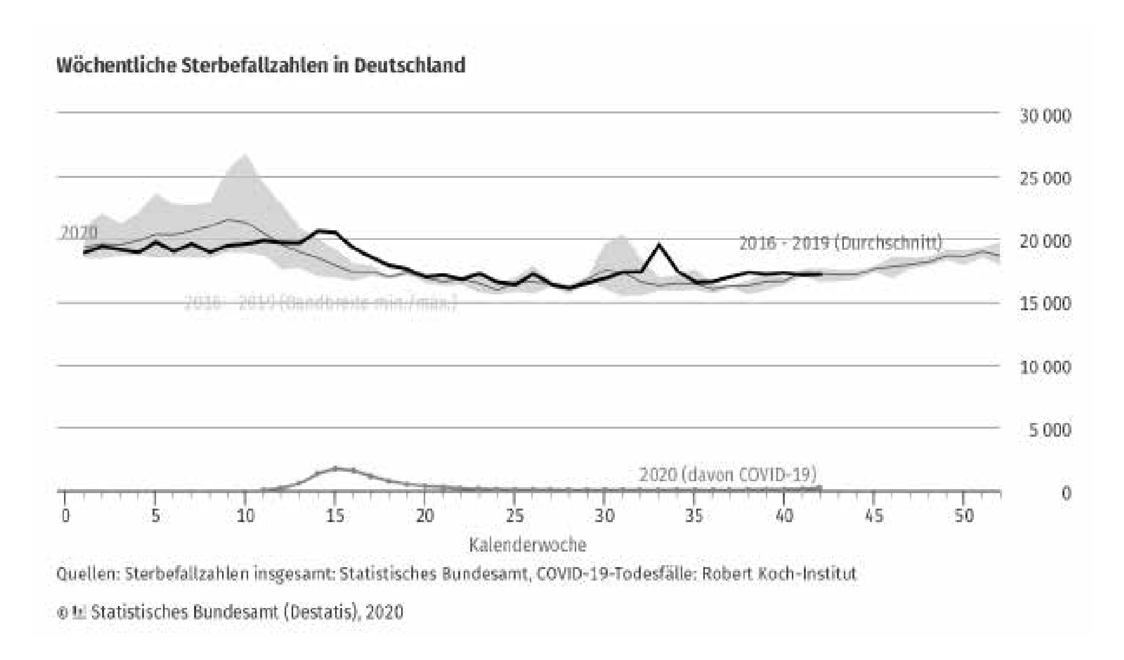
Berlin/DW Eine aktuelle Studie aus Deutschland belegt, dass fast die Hälfte der Übersterblichkeit im April dieses Jahres zustande kam, weil Menschen sich nicht zum Arzt oder ins Krankenhaus trauten. Ärzte des Klinikums Hochrhein in Waldshut-Tiengen (Baden-Württemberg) verglichen die Sterbezahlen von April dieses Jahres, also während des Lockdowns, mit den Zahlen der Vorjahre. Dabei stellten sie fest, dass sich von den zusätzlichen Todesfällen nur 55 Prozent mit einer Coronainfektion in Verbindung bringen lassen. Viele der Verstorbenen – 45 Prozent – waren Menschen mit chronischen Erkrankungen, die entweder allein zuhause waren und verstarben, weil sich niemand rechtzeitig um sie kümmern durfte, oder die aus Angst nicht ins Krankenhaus zur Behandlung wollten. (sma)

Unfall 2020: Haftung ausgeschlossen. Collage Jill Sandjaja

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«
Prof. Hendrik Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt.«
Dirk Müller, Finanzexperte



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und den Zahlen anderer Jahre ähnelt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der SARS-CoV-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

DISKRIMINIERT, FOTOGRAFIERT UND ABGESTEMPELT

Ein Kommentar
von Sophia-Maria Antonulas

Ein Stück Stoff dient wieder dazu, Menschen zu diskriminieren und zu gängeln. In einer Demokratie muss es jedoch möglich sein, uneingeschränkt friedlich zu demonstrieren, auch wenn man keine Maske trägt.

»FE-Annahme« ist auf dem aufgestellten Klapptisch zwischen mehreren Polizeitransportern groß zu lesen – FE steht dabei für Freiheitsentzug. Bei Kundgebungen und Demonstrationen sprechen Polizeibeamte gezielt Teilnehmende ohne Maske darauf an, ob sie eine Maske hätten. Die Betroffenen müssen ein ärztliches Attest und ihren Ausweis vorzeigen. Damit ist es aber nicht getan. Die Polizisten – ja, es sind immer gleich mehrere – nehmen die Person dann mit und sie wird abseits der Kundgebung polizeilich »behandelt«. Dabei werden nicht nur das Attest fotografiert und die Personalien aufgenommen. Sondern Beamte fragen auch provokant nach dem medizinischen Grund für die Maskenbefreiung, oder ob das Attest denn schon beim Gesundheitsamt registriert sei, oder zweifeln das ganze Arztschreiben an, weil die Person nicht krank aussähe. Nach dieser je nach Lust und Laune des Polizeibeamten mehr oder weniger erniedrigenden Prozedur wird der Mensch ohne Maske noch fotografiert.

REGIME WILL DEN BÜRGERKRIEG

Bis zu einer Stunde dauert diese polizeiliche Behandlung. Hat man sie brav über sich ergehen lassen, gibt es als Belohnung einen »Kontrolliert«-Aufkleber oder einen »Kontrollzettel«, abgestempelt mit »Der Polizeipräsident in Berlin«. Es kann aber auch einen willkürlichen Platzverweis geben. Kurz gesagt, die Berliner Polizei eskaliert bei Demonstrationen und Kundgebungen. Sie gängelt Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen können, oft auf niederträchtigste Weise, die in Videos oder Fotos nicht zu sehen ist. Polizeibeamte genießen es, Frauen zum Weinen zu bringen, und, wenn diese dann von andern tröstend in den Arm genommen werden, noch auf den Abstand hinzuweisen.

So sehr sind Polizisten mit ihren Sticheleinen beschäftigt, dass sie nicht mitbekommen, wie jemand eine Flasche auf die Teilnehmer wirft und Jugendliche ein langes Messer zücken. Dabei gehört es zu den Aufgaben der Polizei, Demonstrationen und Versammlungen zu schützen, selbst wenn das bedeutet, sie vor Polizeikollegen zu schützen.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Datum	Ort	Titel
Bis 31.10.2020, ganztägig	Berlin, beim Tipi am Kanzleramt	Querdenken Camp
21.11.2020 23- 6:00 (jeden Sa)	Berlin, innerhalb des S-Bahn-Rings	Freibier in Berlin, Organisiert von der Sperrstunde. Freibier solange Vorrat reicht
21.11.2020 14-15:30 (jeden Sa)	Hagen, NRW, Hohenzollernstr.	Mahnwache für Frieden und Freiheit
21.11.2020 15-17:00 (jeden Sa)	Bühl (Baden), Kirch- u. Marktplatz	Immunität für Freiheit, Gesundheit und soziale Sicherheit
21.11.2020 15-18:00 (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung aller Corona-Maßnahmen und Wiederherst. unserer Grundrechte
21.11.2020 15-18:00 (jeden Sa)	Bad Kreuznach, Kornmarkt	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ
21.11.2020 13-18:00	Bochum, Ort wird noch bekannt gegeben	Fest für Frieden, Freiheit und Liebe
21.11.2020 15-18:00	Hannover, Opernplatz	Hannover steht auf!
21.11.2020 10-22:00	Kaiserslautern, Volkspark	Enlightening Europe
21.11.2020 15:30-23:59	Leipzig, Augustusplatz	Für Frieden und Freiheit in Deutschland
22.11.2020 14-18:00 (jeden So.)	Köln, Heumarkt	Mahnwache von Deutschland sucht das Grundgesetz
22.11.2020 13-16:00	Heilbronn, Kiliansplatz	Wir gegen die Maskenpflicht
23.11.2020 17:45-19:45 (jeden Mo)	Köln, Rudolfplatz	Die flüsternde Mahnwache für artgerechte Menschhaltung
23.11.2020 19-20:30 (jeden Mo)	Krefeld, Theaterplatz	DEMONSTRATION FÜR MENSCHENRECHTE, GRUNDGESETZ UND FREIHEIT
23.11.2020 18-21:00 (jeden Mo)	Marbach a.N., Schillerhöhe	Montagstreff auf der Schillerhöhe
23.11.2020 18-19:30 (jeden Mo)	Walldorf, Platz auf der Drehscheibe	Montagsdemo
23.11.2020 15-18:00, (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
23.11.2020 18-21:00 (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
26.11.2020 15-18:00 (jeden Do)	Berlin, Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
26.11.2020 17-19:30	Wendlingen, Marktplatz	Jetzt reichts! Wir müssen Aufwachen! Um was geht es wirklich?
28.11.2020 11-13:00	Aalen, Friedhofstrasse	GEMEINSAM SIND WIR STARK Mit einem Demozug »Ruf der Trommeln«
28.11.2020 13-16:00	Aalen, Greutplatz, Parkstraße	GEMEINSAM SIND WIR STARK - Kundgebung
30.11.2020 18-21:00 (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
03.12.2020 17-19:30	Nürtingen, Schillerplatz	Jetzt Reichts! Wir müssen Aufwachen! Um was geht es wirklich?
05.12.2020 11-17:30	Mannheim, Barockschloss, Bismarckstr.	71 Jahre auf Grund-Gesetzt
06.12.2020 13-21:00	Düsseldorf, Ort wird noch bekannt gegeben	Giga-Demo für Grundgesetz & Menschenwürde mit Kundgebung & Spaziergang
31.12.2020 ab 12 Uhr	BERLIN, STR. DES 17. JUNI/STADTWEIT	u.a. Willkommen 2021 / Verfassungsbewegung beginnt 2021 mit Demokratie

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER

Netzwerk

Die Übersichtskarte (l.) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) an* demokratischerwiderstand@protonmail.com.



Collage: Ute Feuerstacke

»Für die Gesundheit« setzt die Polizei neuerdings Wasserwerfer gegen friedliche Demokraten ein. Bei herbstlichen Temperaturen.

LICHTER IN ZEITEN DES ABNEHMENDEN LICHTS

Unser rasender Reporter CLARK KENT *berichtet deutschlandweit von Aktionen der Demokratiebewegung*

Am vergangenen Freitag war in Neuwied ein Sankt Mart... — ich meine ein »Lichterumzug«. Die Auflage war: Keine deutsche Tradition. Da hat Superman sie kurzerhand neu definiert: Statt eines Pferdes, ein Drahtesel. Statt des Mantelteilens, einen eigenen schenken. Statt eines Bettlers, ein Reporter. Statt Weckmänner, Berliner - eine Hommage an die großen Demos in Berlin. Die Polizei und das Ordnungsamt waren ganz große Klasse und ließen gar das Singen eines Sankt Martinslieds zu.

Am Samstag wollte ich mich ausruhen, doch überredete man mich, zu Bodo Schiffmann zu fahren, nach Gummersbach. Zunächst verlief dort alles ruhig und mit Anstand. Nach der Abfahrt wussten die Redner jedoch, dass etwas passieren würde. Sie verließen heimlich den Bus. Kurz darauf hielt die Polizei mit über 20 Mann den leeren Wagen an. Die Passagiere waren verschwunden und tauchten später in Bonn auf. Die Beamten mussten sich anscheinend für die gefühlte Demütigung rächen und attackierten dort einen asiatischen jungen Mann. Dieser wollte nach einem Platzverweis gerade den Platz räumen. Sie griffen ihn von hinten an. Mit zuerst drei Mann, dann, weil er schrie, mit einem weiteren Dutzend. Es sah aus wie ein Angriff von rassistischen Hooligans auf friedliche Bürger. Es wurden noch andere Menschen gefasst, außerordentlich unsanft, so kennt man sie mittlerweile: die junge deutsche Hundertschaft.

Der Sonntag hätte in Düsseldorf weitergehen können, doch musste ich meine Kräfte schonen, denn montags war in Bergisch Gladbach ein ganz offizieller Sankt Martinsumzug mit Demoelementen angemeldet, wo ein Kölner Anwalt namens Mr. Judge und Bördy TV auftraten. Als Moderator war Superman da, der wieder seinen Mantel an ein Kind weitergab, weil diesem kalt war.

Nun, Sankt Martin war ein Soldat, der die Grausamkeit des Krieges sah, in Gestalt eines Bettlers. Er teilte, was er hatte, eben seinen Mantel, und gab die Hälfte davon ab. Er verließ das Militär und wurde ein Heiliger. Vielleicht sollten wir uns ein Beispiel daran nehmen und aufhören, Menschenleben zu gefährden, sondern das Herz sprechen lassen und das fahle Soldatentum aufgeben.



Vielleicht schaffen wir dann Frieden.

Foto: Steve Schramm

DIKTATUR IM ALLTAG

Unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes werden Menschen, die aus medizinischen Gründen keine »Schutz«-Maske tragen können, systematisch drangsaliert, ausgegrenzt und vertrieben.* ERLEBNISBERICHT *aus der Arbeitswelt *von Annette Herrmann*

Ich arbeite im öffentlichen Dienst in Berlin. Mit meiner Überzeugung würde man mich aktuell vermutlich hämisch als »Querdenkerin« bezeichnen wollen. Ich selber bezeichne mich als reflektiert und realistisch skeptisch. Um den harsch verfassten, politischen Regularien zur Maskenpflicht nicht auch noch die erhofften Bußgelder zu bescheren, habe ich für den Notfall ein ordentliches ärztliches Attest eingeholt, welches mir das Tragen einer Maske als gesundheitsschädlich bescheinigt.

Dass in mancher Arbeitsstätte mit der politisch geschürten Angst ein teilweise unkollegiales Verhalten einhergegangen ist, bemerkte ich auch in meiner eigenen. Ich wurde aufgefordert, mein Attest beim Vorgesetzten vorzuzeigen. Dies war für mich nur eine Frage der Zeit gewesen und dafür war sie da. Mein Vorgesetzter nahm das Attest kommentarlos zur Kenntnis. Am Folgetag klingelte der Telefonapparat an meinem Arbeitsplatz. Ein Anruf vom Sicherheitsbeauftragten. Es folgte eine inständige Ansprach an mein persönliches Gewissen. »Es gehe darum, nicht nur mich zu schützen.« Es wurde der Vergleich gezogen zwischen einer früher verrichteten Arbeit, bei welcher ich versuchsbedingt einige zehn Minuten Masken tragen musste und der aktuellen Situation. Ich sollte mich erklären, mit welcher Bewandtnis ich keinen Mund-Nasen-Schutz (MNS) in der Arbeitsstätte trage. Gegenüber meinem Attest zeigte er Unverständnis und legte auf.

Vier Wochen später kam ein Schreiben aus der Personalabteilung, mit der direkten Aufforderung, mich ohne vorherigen Terminabstimmung beim Betriebsarzt einzufinden. Ich solle die Untersuchungsbescheide des Attest-ausstellenden Arztes mitbringen. Auf meine Nachfrage hin, welches Tarif- oder Arbeitsrecht die Berechtigung zu dieser angedachten Untersuchung gäbe, bekam ich die Antwort: »Das steht so im Tarifgesetz TvöD.« Mein Gegenargument, dass der Betriebsarzt das Attest eines anderen Arztes nicht in Frage stellen dürfe, sondern maximal separat meine Arbeitstauglichkeit checken dürfe, wurde übergangen. Daraufhin entgegnete ich, dass ich über die SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin durch das ärztliche Attest vom Tragen eines MNS befreit sei. Daraufhin die letzte Aussage der Personalreferentin: Der Besuch sei Pflicht, um für mich die »Betriebstauglichkeit« prüfen zu lassen, ob das ärztliche Attest auf meiner Arbeitsstätte aufgehoben werden könne.

Umgehend suchte ich Kontakt zum Personalrat, um meinen Fall vorzubringen und um das, meines Erachtens nach, unverhältnismäßige Vorgehen und das unangemessene Auftreten meines verbeamteten Vorgesetzten sowie jenes der Personalabteilung zu melden. Es war ein Segen, auf Verständnis und Unterstützung zu treffen! Das Verständnis zeigte mir, dass mein Bauchgefühl wieder einmal richtig lag: Durch den aktuellen Corona-Wahn wird zwischenmenschlich und (arbeits-) rechtlich überzogen reagiert. Die Unterstützung des Personalrats wurde mir zugesagt, indem man den betriebsinternen Pandemieplan anpassen werde. Da mit meiner Person dieser Fall (Maskenattest und betriebsärztliche Untersuchung) zum ersten Mal auftauche, habe man vorher solche Einzelfälle im betriebsinternen Pandemieplan nicht berücksichtigt.

Inzwischen absolvierte ich auch den Gang zum Betriebsarzt. Allein der Empfang im Untersuchungszentrum war bemerkenswert: Man erwartete mich! Übrigens immer noch mit meiner persönlichen Krankenakte bzw. den Untersuchungsunterlagen meines Hausarztes, was ich zuvor schon mehrfach abgelehnt hatte. Beim Betriebsarzt hat man üblicherweise eine Wartezeit von drei bis vier Wochen, bis man eine Untersuchung bekommt. Man nahm sich extra Zeit für mich, wow! Man unterzog mich einem Lungenfunktionstest.

Nach dem Lungenfunktionstest erfolgte ein 45-minütiges Gespräch zwischen der Betriebsärztin, einer Lungenfachärztin, und mir. Auf Grund der ihr vorliegenden Ergebnisse vom Lungenfunktionstest sei ich körperlich gesund, sagte sie. Eine Abfrage zur mentalen Gesundheit erfolgte nicht. Dafür ein langer Vortrag über »irgendwelche niedergelassene Ärzte, welche blind Atteste ausstellen und sich dessen nicht bewusst sind, welche Probleme solche Atteste für die Patienten und sich selber mit sich bringen«. Dass meine Hausärztin ebenso meine mentale Gesundheit durch dieses Attest schützt, zählte für sie nicht. Das Argument, dass sich mein Arbeitgeber vorsätzlich damit strafbar machen könnte, mich zum Tragen einer MNB zu zwingen, und somit auch meiner körperlichen Gesundheit Schaden zufügen könnte, zählte ebenfalls nicht.

IN DIE VERBANNUNG

Unwissend, welchen Befund Frau Doktor an meinen Arbeitgeber senden wird, wartete ich im angeordneten Homeoffice auf die Aufhebung der verordneten Isolation durch meinen Vorgesetzten. Ich wartete darauf 1 ½ Wochen, nachdem vorher heftige Dringlichkeit bestanden hatte, mich aerosolen Rüpel aus dem Arbeitsumfeld zu schaffen. Meine Rückkehr an meinen Arbeitsplatz erfragte ich mehrfach. Ohne Antwort. Nach circa zwei Wochen erfuhr ich, dass der interne Pandemieplan angepasst wurde: »Mund-Nasenbedeckung (MNB) - Ärztliche Bescheinigung, dass das Tragen einer MNB nicht möglich - In diesen Fällen ist das Tragen eines Gesichtsvisiers bis zum Erreichen des Arbeitsplatzes und für die übrigen Kontakte, für die sonst eine MNB vorgesehen ist, ausnahmsweise gestattet. Die Ausgabe erfolgt betriebsintern.« Für mich sah das nach Kooperation und stillem Erfolg für beide Seiten aus. Also startete ich am Montag, dem 09.11., kompromissbereit und mit dem Gesichtsvisier auf dem Kopf in meine Arbeit. Die Hoffnung währte nicht lange – wie so oft in dieser Zeit.

Ein harscher, unfreundlicher und drangsalierender Anruf meines Vorgesetzten setzte meiner Kompromissbereitschaft ein Ende! Denn er diktierte mir, unverzüglich eine MNB zu tragen. Mein »Nein« brachte ihn dazu, mich wiederholt aufzufordern, und sogar vom »Herrn zur Frau« zu appellieren: »Man hätte Angst vor mir im Kollegium.« Zwei Tage später erhielt ich diesen Bescheid schriftlich von der Personalabteilung. Von da an bleibe ich der Arbeit fern und möchte mir einen anderen Arbeitgeber suchen. Dass ich nach fast zehn Jahren (!) meiner treuen und motivierten Betriebszugehörigkeit nun so drangsaliert, ungerecht behandelt und diskriminiert werde, ist ein höchst trauriger, ein nie gedachter Abgang.

KINDHEIT IM AUSNAHMEZUSTAND

Junge Menschen scheiden als Überträger von Corona aus. Dennoch werden sie in einen Psychokrieg hineingezogen.* INTERVIEW *mit dem Lehrer, Vater und Aktivisten der Initiative »Schulen stehen auf«, Ali Wagner

DW: Sie sind Musiklehrer und Vater. Wie ist die Situation gerade an den Berliner Schulen?
Ali Wagner: Seit den Sommerferien haben die Schulen wieder geöffnet mit Hygienekonzept, Abstand und Masken. Nach der Schließung der Schulen im Frühjahr mit dem unkoordinierten, digitalen Fernunterricht ist es nun mittlerweile so, dass die Schulsenatorin, Frau Scheeres, für die Schulen Vorgaben gemacht hat, die sehr weit auslegbar sind. Sie hat ein relativ weites Spektrum gegeben und die Schulen machen das mehr oder weniger nach eigenem Gutdünken. Es hat sich gezeigt, dass viele Schulen ihr Soll übererfüllen und viel weitergehen, als diese Verordnung hergibt.

Was machen Sie da als »Schulen stehen auf«?
Dagegen kann man vorgehen. Natürlich auch juristisch. Das Konzept von »Schulen stehen auf« ist aber, erst einmal das Gespräch mit den Schulleitern zu suchen und im Falle eines Falles auf die Überschreitungen der Verordnung aufmerksam zu machen.

Wie legen die Schulen diese Verordnung denn aus?
Viele Schulen hatten schon die Maskenpflicht im Unterricht eingeführt, als es dafür keine Grundlage gab, oder diese in bestimmten Fächern wie Musik eingeführt: Man dürfe nicht singen ohne Maske. Diese Regeln habe ich an der Schule meiner Kinder durch zwei *E-Mails* gekippt. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Ich habe auf die Haftbarmachung hingewiesen. Daraufhin ruderte die Schulleiterin zurück und die Maskenpflicht im Musikunterricht wurde zurückgenommen und in eine Empfehlung umgewandelt. Das hat natürlich an der Schule hohe Wellen geschlagen.

Wie sehen Sie denn die Stimmung an den Schulen, mit denen Sie zu tun haben?
In den letzten Monaten herrscht ein sehr gereiztes Klima, ein sehr Repressalien-betontes Klima. Die Kinder, wie sie nun mal sind, wollen immer alles, was von ihnen erwartet wird, richtig machen, nicht auffallen, keine schlechte Noten kriegen, nicht benachteiligt werden. Sie tragen diese Masken, obwohl sie teilweise gesundheitliche Beschwerden haben, ihnen schwindelig wird, sie kaum noch Luft kriegen, schwitzen. Momentan habe ich wenig Hoffnung auf schnelle Besserung unserer Situation. Ich glaube, es wird darauf hinauslaufen, dass die Schulen bald halb geschlossen werden. Dann wird es so sein wie vor den Sommerferien im ersten *Lockdown*.

Das Interview führten Samoel Gfrörer und Jill Sandjaja, weitere Informationen zur Initiative: schulenstehenauf.de



Basisdemokratin macht ihre Sache klar.
Foto: J. Sandjaja

DEUTSCHLANDS SCHULEN IM KONTROLLWAHN

Von Samuel Gfrörer. Das Gebäude aus Vorschriften folgt einer hierarchischen Architektur: Auf das Infektionsschutzgesetz sind die Verordnungen der einzelnen Bundesländer lose aufgesetzt. Diese werden in einem »Hygienerahmenkonzept für Schulen« weiter ausdifferenziert. An der Spitze trohnt die Willkür und der vorauseilende Gehorsam der Schulleitung und der Lehrer.

Alle Etagen des Gebäudes überragen das Fundament des Grundgesetzes und verletzen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Die Vorschriften sind absurd, eine Beleidigung für den Verstand und eine Verhöhnung der Werte der Zivilisation. Das wird auch eine neuerliche Änderung des Infektionsschutzgesetzes nicht ändern. Im Gegenteil.

Wir haben mit Vertretern der beteiligten Parteien gesprochen und beleuchten in den kommenden Wochen an dieser Stelle die Situation aus Sicht der Schulleitung, der Lehrer, Eltern und Schüler.

DIE ZENSURWELLE

Wer das freie Wort angreift, hat Angst | *von Milosz Matuschek*

Fortsetzung von Seite 1

DIE ZENSURSCHRAUBE WIRD ANGEZOGEN

Soeben wurden die massivsten Grundrechtseingriffe der Geschichte des Grundgesetzes in Form des Dritten Bevölkerungsschutzgesetzes im Eiltempo verabschiedet. Und es war ausgerechnet in dieser sensiblen Phase, wo die Zensurschraube der letzten Wochen nochmal merklich angezogen worden ist. Scheinbar ist jegliche Kritik nur noch unter hohem Risiko möglich. Der Journalismus versagt in der ersten Prüfung.

Zensiert: Allein in den letzten Wochen verschwanden die reichweitenstarken freien Kanäle *KenFm, Rubikon und Samuel Eckert* von *YouTube*: sie wurden gelöscht oder sind (*KenFM*) akut von Löschung bedroht. Ein Video von Gunnar Kaiser mit einem kritischen Text von mir zum Dritten Bevölkerungsschutzgesetz: ebenfalls nach weniger als 24 Stunden gelöscht, inklusvie Sperre von einer Woche. Es wird geblockt, stummgeschaltet, verwarnt und gelöscht. Die *Cancel Culture* ist aus dem Kulturbereich in das Corona-Thema geschlüpft und verrichtet dort nun ihr hässliches Werk weiter. Die einfache Frage, die man sich als unbefangener Beobachter jetzt stellen kann und als wachsamer Bürger auch muss, lautet: Wenn alles gerade mit rechten Dingen zugeht, so hervorragend wissenschaftlich abgesichert, verfassungskonform und moralisch einwandfrei ist: wovor hat man dann so eine Angst?

In unserer Spätdemokratie oder zunehmend »totalitären Demokratie« (Sheldon Wolin, Jacob Talmon) gibt es Doktrinen zu befolgen. Der Debattenraum ist nicht frei, sondern teil-privatisiert; auf verschiedene *Gate-Keeper* aufgeteilt. Es wird *geframed, gespint,* gewichtet, defragmentiert, Meinung und Tatsache vermischt, kurz: der Leser bekommt ein vielfach raffiniertes Produkt. Bis die Information beim Leser ankommt, muss sie sich durch zahlreiche Filter durchkämpfen. Realität ist letztlich, was wir durch Medien wahrnehmen, meinte der Soziologe Niklas Luhmann. Was man wahrnimmt, löst den psychologischen Effekt des »WYSIATIS« (*What You See is All There is*) aus. Man blendet das Unsichtbare aus. Wenn alle nun immer wieder das Gleiche sehen und hören, lässt sich Konsens produzieren, wie Noam Chomsky schon vor 30 Jahren wusste.

Die massive Eindämmung kritischer Kanäle gerade jetzt kommt also sehr gelegen: je enger der Debattenraum ist, je häufiger ähnlich lautende Meldungen und Narrative vernommen werden, desto leichter fabriziert man Konsens, also vermeintliche Einigkeit durch künstliche Sichtfeldverengung. Dazu kommt gerade noch rechtzeitig eine Propagandaaktion der Bundesregierung, in der man erfährt, dass man zum »besonderen Helden« werden kann, wenn man einfach nur auf der Couch bleibt, konzipiert von *Joko & Klaas*. In einer Zeit, die höchste Wachsamkeit erfordert, ruft die Bundesregierung den Souverän zu Faulheit und Apathie auf.

Überall also mehr Propaganda, mehr Zensur, mehr Grundrechtseingriffe im Eilverfahren zur Ermächtigung eines Hygieneverordnungsregimes auf unbestimmte Zeit. Und das passiert gerade jetzt, und zwar alles im Zeitraffer. Das ist keine Schludrigkeit, keine den Umständen geschuldete eilige Notlage; das ist eine Machtübernahme von Oben gegen den eigentlichen Souverän, den Bürger.

DIE ESSENZ DES JOURNALISMUS

Echte Demokratie und echter Journalismus lassen sich nicht trennen. Der italienische Publizist Paolo Flores d'Arcais schreibt in seinem Buch »Die Demokratie beim Wort nehmen«, dass in der echten Demokratie jeder Bürger ein Fürst ist. Jeder hat deshalb gleichen Zugang zur Wahrheit zu bekommen, um Entscheidungen treffen zu können. Das ist die Aufgabenverteilung in der Demokratie: der Souverän entscheidet, der Journalist versorgt ihn mit den relevanten Informationen und zwar so rein und ungefiltert, wie möglich.

Diesem Ansatz fühlte sich zum Beispiel ein Julian Assange verpflichtet. Er stand für etwas, was er »wissenschaftlichen Journalismus« nannte; die Quelle ist sozusagen die Information. Es geht nicht darum, etwas zu *framen*, zu erzählen oder jemanden zu überzeugen, sondern darum, den Beweis in Bild, Schrift und Ton für ein Ereignis zu liefern. Denken kann der Bürger selbst. Diese radikale Transparenz kann Verschwörung und Korruption zerschlagen: niemand wäre mehr sicher vor Entdeckung. Die Enthüllungsplattform *Wikileaks* ist eine Wahrheitsmaschine, und auch sie stockt gerade: Ihr Gründer wartet zur Stunde auf sein Auslieferungsurteil in die USA, wo ihm 175 Jahre Gefängnis wegen Veröffentlichung wahrer Informationen über Kriegsverbrechen u.ä. drohen – in den USA nennt man derartigen investigativen Journalismus inzwischen: »Spionage«.

Es gibt zwei Arten, Journalismus zu betreiben, so wie es offenbar auch zwei Arten gibt, Demokratie zu organisieren: von oben nach unten oder von unten nach oben. In der Konstellation des *top down* ist der Journalist ein Wächter, ein Aufseher; letztlich Teil der »Priesterkaste« (Schelsky). Walter Lippmann zum Beispiel stand für dieses, an Platons Kastenwesen angelegtes System.

Lippmann war einer der bedeutendsten Journalisten und Kolumnisten des 20. Jahrhunderts; er beriet Präsidenten, erfand den Begriff »Kalter Krieg« und sah sich als Teil einer institutionalisierten, mitregierenden Vierten Gewalt. Menschen interessieren sich seiner Ansicht nach wenig für spröde Fakten, also die Wahrheit. Sie denken in Stereotypen, reagieren auf Emotion und Bilder. 40 Prozent des Inhalts einer Tageszeitung stammen inzwischen aus PR-Agenturen, schrieb mal der *SPIEGEL*. Propagandafiguren wie Rainald Becker (*ARD*), Olaf Sundermeyer (*RBB*), Sascha Lobo (*Spiegel*), Mai Thi Nguyen-Kim (*Mai Lab*) sorgen dafür, dass für die Regierung nichts anbrennt. Wenn unten rauskommt, was man oben reingibt, braucht es Journalismus allerdings nicht. Das kann auch der Pressesprecher der Regierung.

Mit der zweiten Form des Journalismus, von unten nach oben, produziert man hingegen am ehesten das, was man, wenn schon nicht »Wahrheit«, dann zumindest einen »unverstellten Zugang zur Wirklichkeit« nennen kann. Denn hier arbeitet der Journalist direkt für den Bürger und nicht für eine Institution mit eigenen Interessen. Für dieses Modell des Journalismus steht John Dewey: dezentral, von unten nach oben, möglichst direkt und ausschließlich wahrhaftig.

Der echte Journalist ist wie ein Minenarbeiter im Stollen, der sich durch Geröllhaufen an unwesentlichen Informationen arbeitet, um ein paar Goldkörner an Wahrheit zu Tage zu fördern. Nur dafür hat er Lohn vom Leser verdient. Niemand bezahlt nämlich freiwillig Geld für Propaganda, also Werbung. Deshalb brauchen öffentlich-rechtliche Medien Zwangsgebühren und *Corporate Publishing* braucht mangels Annoncen gerade entweder Zuschüsse von Stiftungen (die Gates-Stiftung förderte den *Spiegel* mal mit 2,3 Millionen Euro), von *Google* oder Steuergelder.

SIE HABEN ANGST VOR UNS UND DAS ZU RECHT

Guter Journalismus ist das, wovor Mächtige oder alle, die etwas zu verbergen haben, zu Recht Angst haben. Die wertvollste Ressource des Journalisten ist Glaubwürdigkeit. Sie ist deshalb so wertvoll, weil man sie nicht kaufen kann. Das Geschäftsmodell des alten Journalismus fällt, während ein freier, neuer Journalismus gerade erst anfängt, abzuheben.

Und es brodelt gerade bei vielen, auch bei Politikern und Journalisten. Immer mehr wähnen sich im falschen Film, immer mehr zweifeln zwischen dem, was sie glauben sollen, und dem, was sie sehen. Wir erleben gerade, wie sich die Überwachungswelt eines Orwell aus »1984« zu einem hässlichen Pärchen mit der »Schönen neuen Welt« Huxleys vermählt, in welcher sedierte Menschen in einer Wohlfühlunterhaltungswelt künstlich glücklich gehalten werden.

Dagegen steht jedoch immer ein letztlich unsterblicher Freiheitsdrang des Individuums und die Sehnsucht einer wachsenden Anzahl von Menschen, die, wie es Václav Havel mal ausdrückte, »in der Wahrheit leben wollen«. Die Wahrheit setzt sich am Ende immer durch, die Göttin Aletheia aus der Mythologie ist die Tochter des Chronos, also der Zeit. Wer in ihrem Namen Journalismus betreibt, steht auf der richtigen Seite. Auch wenn man den Preis dafür gerade hochschraubt.

Milosz Matuschek ist Jurist und Publizist. Er hat mehrere Bücher veröffentlicht und war bis vor kurzem langjähriger Kolumnist der NZZ. Er betreibt den reichweitenstarken Blog »Freischwebende Intelligenz« (miloszmatuschek.substack.com) und ist zusammen mit dem Youtuber und Philosophen Gunnar Kaiser Initiator des »Appells für freie Debattenräume« (idw-europe.org).



Klare Ziele von Anbeginn. Hier in Berlin am Tag der Selbstzerstörung des Parlaments. Foto: H. Henkelmann

DEMOKRATIEBEWEGUNG FRIEDLICH UND UNBEUGSAM
FOTOSTRECKE VOM 18. NOVEMBER 2020 IN BERLIN











»Die Demokratiebewegung wird sich durchsetzen und die perversen Schweine zu Fall bringen«, stellt ein Basisdemokrat nach dem Angriff der Merkel-Geisel-Slowik-Banden mit Wasserwerfern in Berlin am 18. November fest. Das Grundgesetz indes ist nicht tot (2.v.u.), aber das Merkel-System tut alles in dieser Richtung. FOTOS: Hannes Henkelmann, DW, u.a. Autor des Buches »Zwei Tage in Berlin«, Driediger Verlag Georgsmarienhütte.

REGIERUNG MERKEL VERFEUERT DIE GRUNDFESTEN DES STAATES

Deutschland Teil weltweiten Widerstandsgeschehens gegen den Griff zur Macht einer fanatischen Kapitalfraktion und New-Age-Sektierer

Fortsetzung von Seite 1
Mit dem Einsatz von Polizeitruppen in schwerster Kampfmontur und sogar dem erstmaligen Einsatz von Wasserwerfern seit 12 Jahren in Berlin ist neuerlich bewiesen, dass es dem Corona-Regime nie um Gesundheitsschutz ging. Die Demonstration war wiederum völlig friedlich – der Einsatz der Wasserwerfer wird damit begründet, dass Menschen sich nicht an den abstrusen Maskenzwang gehalten hätten.

Bereits in den Vortagen hatten Zehntausende Bundesbürger den 709 Bundestagsabgeordneten Besuche in den Wahlkreisbüros abgestattet, Briefe und E-Mails geschrieben und Anrufe getätigt. Die Bundestagsverwaltung gab bekannt, dass wegen der vielen E-Mails das hauseigene Computersystem zwischenzeitlich überlastet war.

Am Tag der Abstimmung wird der frühere TV-Starkoch Attila Hildmann von Staatspolizeitruppen in seiner Wohnung überfallen worden. Alle technischen Gegenstände waren konfisziert worden – wohlgemerkt ohne Gerichtsverfahren oder Verurteilung. Hildmann hatte sich oppositionell geäußert.

Der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse wird beim Brandenburger Tor von Polizisten in Kampfmontur festgehalten und schließlich brutal auf den Boden gerissen und geschlagen. Hilse ist beamteter Polizeiausbilder in Sachsen und AfD-Mitglied. Er hatte angekündigt, gegen das Infektionsschutzgesetz stimmen zu wollen.

Laut Polizeiangaben sind während der Demonstration rund 200 Menschen in Gewahrsam genommen wurden. Rund 15.000 Menschen wurden von der Polizei gesundheitlich beeinträchtigt (Pfefferspray, Wasserwerfer), etwa 100 durch Angriffe und Schlagstockeinsatz gezielt geschädigt und teils blutig geschlagen.

Ein bekannter Arzt und Demoteilnehmer berichtete DW, dass ein Polizist auf freier Strecke am Rande des Geschehens anlasslos die Pistole aus dem Halfter gezogen, gezielt und wieder eingesteckt habe.

Für die Berliner Demonstration hatte die Demokratiebewegung aufgerufen, es beteiligten sich auch die Parteien »Die Basis« und Widerstand 2020 sowie die unabhängige Demokratische Gewerkschaft (DG). Die Demonstration hatte in den frühen Morgenstunden begonnen und wurde von Merkel um 12:30 Uhr mit den genannten Gründen abgebrochen. Dennoch blieb die Massenversammlung bis in die Nacht bestehen, weitete sich auf *ARD*-Propagandazentrale und Bundeskanzleramt aus. Die Demokratiebewegung scheint sich dauerhaft und massenhaft in Berlin zu zeigen; die Bereitschaft, die Diktatur zu akzeptieren scheint nicht gegeben.

Das Corona-Regime ist bereits seit Mitte März 2020 stark kritisiert und zeichnet sich immer stärker als Kriegsprojekt der Regierung Merkel ab . Eine Analyse folgt in DW N° 28.

INFEKTIONSSCHUTZGESETZ
(DAHINTER: ALLES SOLL DIGITALISIERT UND AUF TOTALE KORPORATISTISCHE KONTROLLE DER KONZERNE UMGESTELLT WERDEN, Red.)

Die beschlossene Änderung des Infektionsschutzgesetzes ist grundgesetzwidrig, es muss und wird nach Ansicht aller Staatsrechtler vom Bundesverfassungsgericht gestoppt werden. Der Gesetzestext sieht indes derzeit vor (Neuerungen):

- jederzeitige Ausrufung epidemischer Lagen von nationaler Tragweite duch die Weltgesundheitsorganisation WHO in Deutschland oder wenn es eine bedrohliche Krankheitsausbreitung geben könnte
- Bundesregierung unterrichtet Parlament MÜNDLICH über Epidemien
- Besonders schrecklich für die Bevölkerung § 28a: Hygienekonzeptzwang, Kontaktdatenkontrolle digital
- Untersagung der Sportausübung
- Schließung von Betrieben, Gewerben, Branchen, MITTELSTAND
- Untersagung, Altenheime usw. zu betreten
- Schließung von Schulen, Hochschulen, Universitäten
- Untersagung von ANSAMMLUNGEN, VERSAMMLUNGEN sowie RELIGIÖSEN UND WELTANSCHAULICHEN Zusammenkünften (auch ohne zwingende Erfordernis!)
- Willkürliche Festlegung: »Infektionswert 50 je 100.000«, darunter jedoch auch (Beibehaltungsklausel)
- Mögliche totale ABSCHAFFUNG der Reisefreiheit und der Freizügigkeit innerhalb BRD

LEAK AUS DEM KANADISCHEN PARLAMENT

Aus dem nicht vollständig nachprüfbaren »Leak« eines namentlich nicht genannten, weiblichen Ausschussmitgliedes des kanadischen Parlamentes geht hervor, dass das Corona-Regime, das sich auf weite Teile des NATO-Raumes und teilweise darüber hinaus erstreckt, folgende Pläne verfolgt:

1. Einführung des zweiten totalitären »Lockdowns«
Sekundäre Lockdowns müssen auf schleichende Weise aus den Städten ins Umland eingeführt werden. Zeitplan: Bis Ende November 2020.
2. Errichtung von Isolationszentren in allen Ländern und Kommunen. Zeitplan: Bis Ende Dezember 2020.
3. Tägliche COVID-19 Neuinfektionszahlen steigen so rapide, dass die Ämter an die Grenzen ihrer Testkapazitäten kommen. Zeitplan: Bis Ende November 2020.
4. Vollständiger und endgültiger Lockdown, strengere Einschränkungen als noch beim ersten Lockdown. Zeitplan: Bis Ende Dezember 2020 – Januar 2021.
5. Reform des Arbeitslosengeldes bis zu einem Programm für ein geringes universelles Grundeinkommen. Zeitplan: Bis Quartal 1 2021, also bis Ende März 2021.
6. Mutation des COVID-19 Virus zu einem gefährlicheren Virus mit dem Namen COVID-21. Der neue Virus leitet eine dritte Infektionswelle mit einer hohen Mortalitätsrate und höheren Infektionszahlen ein. Zeitplan: Bis Februar 2021.
7. Tägliche Neuinfektionen mit dem COVID-21 Virus überwältigen die Kliniken und Krankenhäuser. Zeitplan: Quartal 1 und Quartal 2 2021.
8. Einführung des dritten Lockdowns mit erweiterten Einschränkungen des verbliebenen öffentlichen Lebens. Reisen zwischen Bundesländern und sogar Städten werden unterbunden. Zeitplan: Quartal 2 2021.
9. Einführung aller in ein Programm des geringen universellen Grundeinkommens (Überlebenspauschale). Zeitplan: Mitte Quartal 2 2021.
10. Große wirtschaftliche Instabilität führt zum Zusammenbruch von Lieferketten und somit zu Knappheit von Waren in Geschäften. Quartal 2 bis Quartal 3 2021.
11. Inlandseinsätze der Armee innerhalb größerer Städte und an Autobahnen. Damit soll die Bewegungsfreiheit und das Reisen der Bürger unterbunden und logistische Hilfe in den Städten angeboten werden. Zeitplan: Bis Quartal 3 2021.

Den Bürgern wird demnach angeboten, alle persönlichen Kredite unter dem sogenannten »World Debt Reset Program« (Globales Schulden Reset Programm) aufzulösen. Der Staat erhält die nötigen finanziellen Mittel vom IMF (International Monetary Fund). Um diesem Programm beizutreten, muss der Bürger alle Besitzansprüche auf bereits bestehende Besitztümer und auch auf zukünftige Besitztümer abtreten. Zusätzlich verpflichtet sich der Bürger die COVID-19 & COVID-21 Impfungen widerstandslos einzunehmen. Mit dem neuen Impfpass werden für diesen Bürger alle Restriktionen aufgehoben. Bürger, die sich der Impfung und dem Schuldentilgungsprogramm widersetzen, werden zum »Risiko der Gesundheit anderer« verleumdet. Sie werden erst von den Einschränkungen des Lockdowns erlöst, sobald sie in das Schuldentilgungsprogramm einwilligen und sich einer Impfung unterziehen. (Informationen lt. rubikon.news/dw)

»WENN DIE WISSENSCHAFT UNTERDRÜCKT WIRD, STERBEN DIE MENSCHEN«

Angesehenstes britisches Wissenschaftsmagazin geißelt Regierung. *Von Hermann Ploppa*

Das *British Medical Journal* (BMJ) ist seit 150 Jahren eine feste Institution im britischen Wissenschaftsbetrieb.

Artikel mit hohem Qualitätsanspruch für eine kleine aber feine Gemeinde von hochrangigen Wissenschaftlern. Alle Worte sind auf der Goldwaage für ausgewogen befunden und dann erst veröffentlicht worden. Da ist es schon bemerkenswert, wenn BMJ-Chefredakteur Kamram Abbasi in der aktuellen Ausgabe mit harten Formulierungen die britische Regierung von Premierminister Boris Johnson aufs Korn nimmt. Tenor: Politiker und Regierungen unterdrücken die Wissenschaft.

Es ist davon auszugehen, dass die Regierung und das britische Gesundheitsamt immer wieder Wissenschaftler daran hindern, unbequeme Wahrheiten zu veröffentlichen. So werden Textpassagen zurückgehalten, in denen die eklatante Benachteiligung der sozial Schwachen, besonders der Immigranten, angeklagt wird. Besonders im Blickpunkt: Die *Operation Moonshot* der britischen Regierung. Wir kennen das Problem aus Deutschland: jetzt sollen ganz schnell und dabei natürlich supergenau PCR- und Antikörpertests aus dem Hut gezaubert werden. Und dann kommen »suboptimale« Produkte dabei heraus, vorab schon mal in Liverpool in Massentests erprobt. BMJ fand heraus, dass die von der Regierung bevorzugten Produkte nicht das hielten, was die Hersteller versprachen.

Doch Artikel zu diesem Thema und andere wissenschaftliche Aufsätze sollten nicht erscheinen, bevor die Regierung eine Million Tests von einer ganz bestimmten Firma aufgekauft hatte. Die unbestechlichen Wissenschaftler wollten nicht länger für sich behalten, dass maßgebliche Berater der Regierung nicht dem Gemeinwohl verpflichtet, sondern nachweislich in geschäftliche Interessen verwickelt sind: »Regierungsberater sind imstande, wissenschaftliche Befunde zu ignorieren (...) und den Wettbewerb auszuschalten, um die eigenen Produkte und die ihrer Freunde und Gesellschafter zu bevorzugen.«

Schlussfolgerung *British Medical Journal*: »Politisierung der Wissenschaft wurde mit Inbrunst von einigen der schlimmsten Autokraten und Diktatoren eingesetzt, und jetzt hält so etwas ganz selbstverständlich Einzug auch in demokratischen Gesellschaften. Der medizinisch-politische Komplex neigt zur Unterdrückung der Wissenschaft, um jene stark zu machen und zu bereichern, die an der Macht sind. Und je erfolgreicher die Mächtigen werden, und je weiter von der Macht korrumpiert sind, umso ausgreifender werden die unbequemen Wahrheiten der Wissenschaft unterdrückt. Wenn gute Wissenschaft unterdrückt wird, sterben die Menschen.«

Ein Teil der »Linken« sinkt immer tiefer

KOMMENTAR *von Knut Mellenthin*

Nach der vermeintlichen Eskalation von Protesten gegen Corona-Maßnahmen in Leipzig werden Forderungen nach einer politischen Aufarbeitung der Geschehnisse laut.

Die Grünen in Sachsen forderten Konsequenzen: »Sachsens Sicherheitsorgane haben bei (der Demonstration) jegliches Vertrauen verspielt. Roland Wöllers Nichthandeln als Innenminister ist nicht mehr tragbar«, schrieb die Partei auf Twitter. »Es gibt viel aufzuarbeiten!«, schrieb die Linksfraktion am Samstagabend, nach der Leipziger Demonstration der Demokratiebewegung mit über 80.000 TeilnehmerInnen auf dem Augustusplatz und dem Leipziger Ring am 7. November 2020, auf *Twitter*.

Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Albrecht Pallas forderte eine Auswertung in einer Sondersitzung des Innenausschusses. Sachsens Innenminister Roland Wöller (CDU) kritisierte die Zulassung der »Querdenken«-Demonstration durch das Oberverwaltungsgericht (OVG). Es sei unverantwortlich, eine solche Versammlung mit mehr als »16.000« Menschen (zugelassene Zahl) in Zeiten der Corona-Pandemie in der Leipziger Innenstadt zuzulassen, teilte er mit.

Die Partei Die Linke (PdL) sprach auf *Twitter* von Staatsversagen und einem Ereignis mit vielen Dimensionen. »Wir haben ein potenzielles Super-Spreader-Event erlebt«, twitterte der sächsische Landesverband der Partei. »Wir haben erlebt, wie auf dieser Veranstaltung gültige Hygieneauflagen unter den Augen der Polizei durchgehend ignoriert worden sind.«

In Israel fand vor vielleicht zwei Monaten eine US-amerikanische Untersuchung große Aufmerksamkeit, die einen Zusammenhang zwischen Demonstrationen und Masseninfektionen explizit verneinte. Weder aus Deutschland noch aus den USA oder Israel gibt es Erkenntnisse über »Hotspots«, die sich aus Demonstrationsgeschehen ergaben. Aber um Fakten geht es schließlich gar nicht. Sonst würde man beispielsweise keine Museen schließen.

Knut Mellenthin arbeitete nach dem Geschichtsstudium von 1971 bis 1994 als Redakteur der Zeitung »Analyse & Kritik« (vormals »Arbeiterkampf«) sowie als persönlicher Mitarbeiter für Innenpolitik einer PDS/PdL-Bundestagsabgeordneten. Neben der Geschichte des Holocausts (holocaust-chronologie.de) schreibt er als ausgewiesener Experte zur internationalen Politik der Gegenwart.



Ärztinnen im Widerstand am 18.11. Foto: Hannes Henkel-

CHINA GRÜNDET GRÖSSTE FREIHANDELSZONE

Totalitärer Kontrollstaat expandiert. *DW-ANALYSE*

Am 15. November 2020 wurde in Hanoi das bislang umfassendste Freihandelsabkommen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) geschlossen.

RCEP umfasst die Staaten: Brunei, Myanmar, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam, China, Australien, Japan, Südkorea und Neuseeland; damit sind 2,2 Milliarden Menschen unter einem Dach versammelt mit 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aller Staaten der Erde. RCEP soll ausdrücklich den pazifischen Handelsraum für die Zeit nach Corona neu organisieren. Geplant ist die Umsetzung der Regeln der WTO, also der Welthandelsorganisation. Das heißt: weiter herabgesetzte Zölle und standardisierte Handelsregeln für alle Mitgliedsländer.

Dem neuen Freihandelsabkommen wollte sich ursprünglich noch Indien anschließen. Indien ist aber 2019 ausgestiegen, weil das subtropische Land eine Überschwemmung des eigenen Marktes mit billigen chinesischen Produkten befürchtet. Das bedeutet jetzt aber auch ein chinesisches Übergewicht in der neuen Freihandelszone. Während China dieses Jahr laut *Statista.de* ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 14.860,78 Milliarden Dollar erwartet, kann Japan nur mit fünf Billionen Dollar BIP aufwarten – und Südkorea sowie Australien lediglich mit 1,5 Billionen Dollar. Chinas Nachbarstaaten Laos, Kambodscha und Myanmar befinden sich aufgrund ihrer Schwäche und Instabilität schon lange in einem bedenklichen Abhängigkeitsverhältnis von China.

KONFUZIANISMUS VERSUS MARKTRADIKALISMUS?

Das gleichzeitig existierende Freihandelsabkommen *Trans-Pacific Partnership*, dem einige RCEP-Länder weiterhin angehören, und dem China nicht angehört, ist für RCEP keine ernstzunehmende Konkurrenz. Zu verstreut über Amerika, Asien und dem Pazifischen Raum sind die zueinander isolierten TPP-Staaten, um in einer homogenen Wirtschaftszone zusammenwachsen zu können. Unter Präsident Obama war eine TPP-Mitgliedschaft der USA angestrebt worden. Sein Nachfolger Trump führte jedoch die Integration der USA in das transpazifische Abkommen nicht weiter. RCEP stellt dagegen einen geografisch homogenen Wirtschaftsraum dar.

Während das TPP-Konzept nach marktradikaler Rezeptur die Ausgrenzung von Staatsbetrieben aus der Wirtschaft vorsieht, hat RCEP ausdrücklich Staatsbetriebe als wichtigen Akteur auf der Agenda und ist damit auf die geschmeidige Zusammenarbeit von Staat, Militär, Politkadern und »freier« Wirtschaft in Ländern wie Südkorea, Myanmar oder – China zugeschnitten.

Damit dürfte sich auch das amerikanische Modell der weitgehenden Demontage des Nationalstaates zugunsten einer vollständigen Kontrolle der Wirtschaft durch private Mega-Konzerne als überholt erwiesen haben.

FRAGWÜRDIGE BRD-WIRTSCHAFTSDATEN

Das Zahlenbild der Bundesregierung ist desaströs — und wahrscheinlich »frisiert«. *Von Hermann Ploppa*

Wer sich kundig machen will, welchen Einfluss die Corona-Politik der Bundesregierung auf die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und auf die sozialen Bereiche hat, wird in den offiziellen Zahlen von Statista nicht so richtig vorankommen.

Arbeitslose sind oftmals hinter Beschäftigungsmaßnahmen oder Minijobs versteckt. Wie krank und insolvent deutsche Unternehmen tatsächlich sind, können wir kaum ermessen. Denn die Regeln für die Anmeldung einer Zahlungsunfähigkeit von angeschlagenen Unternehmen sind außer Kraft gesetzt.

Normalerweise muss ein Unternehmen im Falle der Insolvenz diese innerhalb von drei Wochen anmelden. Davon sind die Unternehmen bis zum Jahresende befreit. Wie viele Arbeitsplätze akut gefährdet sind, erfahren wir auf diese Weise nicht.

Schauen wir uns mit diesen Vorbehalten einmal die offiziell veröffentlichten Wirtschafts- und Sozialdaten an. Sie zeigen uns eindeutig, dass der letzte *Lockdown* im April schwere Dellen geschlagen hat. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im letzten Quartal 2019, nach Jahren unaufhaltsamen Wachstums, noch 872 Milliarden Euro, um dann im ersten Quartal 2020 schon leicht abzukippen auf 860 Milliarden Euro.

Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Dann beim *Lockdown* im zweiten Quartal 2020 ging es steil bergab mit 779,78 Milliarden Euro, was einem Abstieg um stolze 10 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Für das dritte Quartal 2020 vermeldet die offiziöse Statista-Tabelle dann wieder ein sattes Plus.

Doch tatsächlich liegt das BIP immer noch um 8,2 Prozent unter dem Vorjahresmonat. Die Wirtschaft hat sich also noch immer nicht erholt. Und jetzt holt die Bundesregierung erneut zu einem gnadenlosen Hieb gegen die eigene Volkswirtschaft aus. Der erneute *Lockdown* wird bislang verschonte Reserven der Produktion auch noch aushöhlen. Zumal Frau Merkel angedroht hat, die Daumenschrauben noch weiter anzuziehen.

GEWOLLTE INSOLVENZWELLE VORAUS: ZUGUNSTEN DER US-KONZERNE

Für die Veranstaltungswirtschaft und für Kultureinrichtungen ist das Ende sehr nah. Und auch das Gaststätten- und Hotelgewerbe wird nur dann überleben, wenn die einzelnen Häuser Teil einer internationalen Kette sind, hinter denen wiederum *Hedge Funds, Trusts* und ähnliche Geldwaschanlagen stehen.

Wie gesagt, der so genannte »Arbeitsmarkt« wird durch Zahlenkunststücke erfolgreich verschleiert. Insgesamt sind 44,7 Millionen Menschen in Deutschland als abhängig erwerbstätig gemeldet. Auch hier hat das zweite Quartal 2020 mit seinem *Lockdown* reingehauen. 1,3 Prozent weniger Beschäftigte als im Vorjahr, das klingt erst mal nach gar nichts. Dahinter verbergen sich aber immerhin 574.00 Menschen, die gegenüber dem Vorjahr ihre Arbeit verloren haben. Und im September 2020 ist das Heer der Arbeitslosen um 613.000 Personen gleich 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr angestiegen.

Normalerweise nimmt die Konjunktur im letzten Quartal so richtig Fahrt auf, womit die diesjährigen Einbußen wieder aufgeholt werden können. Nun kommt aber »Mutti« und unterbindet diese gerade entscheidende Phase für den Einzelhandel mutwillig.

Nachdem im Frühjahr eine Rekordschar von einer halben Million Kurzarbeitern von der Regierung mal eben so generiert wurde, sind jetzt im September tatsächlich noch einmal 85.000 neue Kurzarbeiter in der kurzen Erholungsphase hinzugekommen.

Arbeitslosengeld erhalten aktuell offiziell 1.097.000 Bundesbürger, das sind 378.000 mehr als vor einem Jahr. Viermal so groß ist die Anzahl der Bezieher von Leistungen nach Sozialgesetzbuch II mit 3.933.000 Personen im September 2020. Hier kamen 113.000 Personen gleich 7,2 Prozent neu hinzu gegenüber dem Vorjahr.

Wir gehen also denkbar schlecht gerüstet in einen konjunkturschwachen Winter. Die Reserven sind bald aufgebraucht. Die Demokratiebewegung muss alles daransetzen, um den staatlich verordneten Abwärtsdrall zu stoppen und den Trend umzukehren. Sollte das nicht gelingen, droht uns ein Abdriften in Chaos und Vandalismus. Das muss mit allen legalen Mitteln verhindert werden.

Wir glücklichen Wenigen

MEDIEN: Ein Blick mit Shakespeare auf die ungleiche Corona-Informationsschlacht *von Casey Koneth*

Wie werden all jene, die *öffentlich* die Corona-Maßnahmen kritisieren, verleumdet!

Wie werden sie verhöhnt, diskreditiert oder von der Presse von vornherein totgeschwiegen! Und zwar völlig unabhängig davon, ob sie ausgewiesene Experten sind oder aufmerksame Laien, die Zweifel anmelden. Wissenschaftler wie Dr. Wolfgang Wodarg und Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: ausgemerzt, fast ausgelöscht.

Mediziner Dr. Bodo Schiffmann: diffamiert und zensiert. Auch Virologe Prof. Dr. Hendrik Streeck, der sich in die offizielle öffentliche Debatte zwar noch einbringen darf, wurde zwischenzeitlich diffamiert und an den Medien-Pranger gestellt. Demokrat und Rechtsanwalt Markus Haintz: diffamiert. Widerständige demokratische Journalisten wie Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp: attackiert, verleumdet. Promis wie Moderatorin Sonja Zietlow, Schauspieler Til Schweiger, Fußballer Jens Lehmann, Schlagersänger Michael Wendler, die sich in den *Social Media* kritisch äußerten: mit einem gemachten *Shitstorm* übergossen. Um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Im Informationskrieg geht es nicht darum, wer die Wahrheit sagt oder die besseren sachlichen Argumente hat, sondern einzig und allein darum, wer die Medien erobert und die öffentliche Meinung prägt. Und zwar ganz egal, ob dabei Unwahrheiten verbreitet werden und Desinformation betrieben wird. Hauptsache, der eigene Standpunkt beherrscht die Medien und wird der breiten Masse gegenüber propagiert –notfalls auch anhand einer einseitigen und manipulativen Berichterstattung. Haben wir täglich Tausende neue »Corona-Infizierte«, die demnach eine Gefahr für das Allgemeinwohl darstellen, unser Gesundheitssystem zum Erliegen bringen und die Einschränkungen unserer Grundrechte rechtfertigen?

TROTZ UNTERZAHL VON EINS ZU FÜNF: UNSER KAMPF FÜHRT ZUM SIEG!

Oder werden hier undifferenzierte Zahlen (von positiv Getesteten) zu einer unbegründeten Panikmache missbraucht? Dient die Maskenpflicht unser aller Schutz? Oder ist sie buchstäblich eine ebenso gesellschafts- wie gesundheitsschädigende Bevormundung? Sind Kontaktverbote und Arbeitsverbote ein Mittel der Solidarität? Oder das Gegenteil? Wird die Würde des Menschen durch die Verordnungen der Regierung geachtet und gewahrt? Oder mit Füßen getreten? Das beantworte sich jeder selbst.

Was die aktuelle Corona-Berichterstattung betrifft, so propagiert sie seit Monaten den Kurs der Regierung. Bei dieser zur Propaganda verkommenen »Berichterstattung« geht es ganz offensichtlich nicht um Wahrheitsfindung oder um das Streben nach einem demokratischen Diskurs, geschweige denn nach einem gesellschaftlichen Konsens. Es geht um die Frage: Wer gewinnt den Kampf um die Meinungshoheit? Denn wer sie inne hat, scheint »richtig« und »falsch« definieren und den Verlauf der Ereignisse bestimmen zu können. Wohlgemerkt: scheint.

25. Oktober 1415, während des Hundertjährigen Krieges im nordfranzösischen Azincourt. Hier spielt Shakespeares Drama Heinrich V. Die Schlüsselszene, die auf wahren Begebenheiten beruht, ging nicht nur in die Literaturgeschichte ein, sondern ist bis heute eine gesellschaftliche Allegorie der Extraklasse. Kurz vor der Schlacht von Azincourt: 12.000 ermattete und hungernde englische Soldaten stehen einem französischen Heer gegenüber: fünfmal so groß, frisch gestärkt und ausgeruht.

Den englischen Streitkräften ist klar: Die bevorstehende Schlacht scheint aussichtslos. Den Kampf aufzunehmen, wäre reiner Selbstmord. Sie sind einfach zu wenige, um gegen die 60.000 französischen Gegner auch nur die geringste Chance zu haben. Doch dann hält König Heinrich V. vor seinen entkräfteten Kameraden seine berühmte St.-Crispins-Tag-Rede und macht ihnen Mut. Er appelliert an ihre Ehre und malt ihnen die Zukunft aus: Nach der Schlacht werden sie alljährlich am St. Crispianus-Tag (am 25. Oktober, dem Tag des Heiligen Crispianus, der mit dem Tag der Schlacht zusammen fällt) stolz die Ärmel hochkrempeln und die Narben zeigen, die von ihrem tapferen Einsatz zeugen werden – während all die Gentlemen, die sonst so große Töne spucken und jetzt bequem zu Hause in ihren Betten liegen, auf einmal ganz kleinlaut sein werden.

Klare *Message*: Der Kampf lohnt sich. Die Geschichte wird auf ihrer Seite stehen. Ganz egal, wie wenige sie auch sein mögen. Und die ganzen Schlafschafe und Drückeberger da draußen werden sich am Ende noch dafür in den Allerwertesten beißen, dass sie den Schuss nicht gehört haben.

»This story shall the good man teach his son; And Crispin Crispian shall ne'er go by, From this day to the ending of the world, But we in it shall be remembered,– We few, we happy few, we band of brothers.«

– »Und fort und fort wird der Vater dem Sohn die Geschichte erzählen, und das Gedenken an St. Crispianus-Tag wird nie vergehen, vom heutigen Tag an bis zum Ende dieser Welt. Und wir, die wir die Schlacht geschlagen, sind ebenfalls unvergessen. Wir wenigen, wir glücklichen wenigen, wir, diese Schar von Brüdern.« (Übersetzung: Klaus v. Wahl)

Und jetzt kommt die gute Nachricht: Die Ansprache entpuppt sich keineswegs als leere Worthülsen. Der König wird recht behalten: Die zahlenmäßig weit unterlegenen, aber umso mutigeren Engländer siegen. Und zwar haushoch: In der Schlacht fallen 10.000 Franzosen, wohingegen die Engländer nur 29 Verluste erleiden. So wenige wie noch nie. — In diesem Sinne: Nur Mut, Brüder und Schwestern! Nicht die Masse macht's. Sondern der Zusammenhalt für die gemeinsame Sache. Die Schlacht um die Meinungshoheit geht weiter. Und die Geschichte wird auf der Seite der glücklichen Wenigen stehen, die friedlich für unsere demokratischen Grundrechte kämpfen.

Casey Koneth dreht seit 20 Jahren Fernsehbeiträge für öffentlich-rechtliche sowie kommerzielle Rundfunkanstalten und sendet einen Gruß an die glücklichen Wenigen, die immer mehr werden.

BILL UND KLAUS UND DIE ENDLICHE ERDE

Über Technokratie, Naturbeherrschung und Naturschutz (Teil 2 und Ende) *von Lucaz Kirch*

Um es deutlich zu sagen: Klimaschutz halte ich vor dem Hintergrund der viel dramatischeren politisch-sozialen Vorgänge auf der globalen Bühne für mehr oder weniger irrelevant. Und die Vorstellung, in kalten Betonbauten einer klimaneutralen grünen neuen Welt zu leben, hat für mich nichts Erstrebenswertes. Das müsste schon Teil einer überzeugenden Vision sein.

IV. WAS WIR DENNOCH HIER UND JETZT TUN KÖNNEN – EIN VORSCHLAG

Vorschlagen möchte ich hier eine handelbare Abgabe auf den Verbrauch von Naturflächen.

- Für jeden Verbrauch, jede Zerstörung von Naturflächen muss zuvor ein Zertifikat proportional zur beeinträchtigten Fläche erworben werden.
- Für jede Renaturierung von »verschandelten« Flächen würde dementsprechend ein »Guthaben« anfallen, das auch auf dem Markt liquidiert werden kann.
- Der Preis pro Fläche wird auf dem Markt gebildet (die Marktbedingungen wiederum werden über Stellschrauben wie Mengenausweitung und -begrenzung *et cetera* durch den Staat gesteuert).
- Die Ausgabe neuer Zertifikate erfolgt entsprechend dem gesellschaftlichen Bedarf durch die Regierung; die Gemeinden können einbezogen werden, indem diesen ein jährliches Kontingent überschrieben wird, womit die bestehenden juristischen Bedenken ausgeräumt werden könnten.
- Zertifikate könnten dann von Gemeinden und anderen »Inhabern« weiterverkauft werden.

Der Wert »Natur/Freifläche« würde zum ersten Mal eine Bedeutung als Wirtschaftsgut erhalten – das ist meines Erachtens leider der einzige Weg, damit Natur wirklich als Wert angesehen und Zerstörung auch als solche wahrgenommen wird, nicht wie bisher als »Entwicklung« oder »Aufwertung«.

Pharma-Guru mit Todesplanet, allein zu Rundem Tisch: *Der frühere Computer-Profi und halbgebildete Impffanatiker William Gates.* *Montage: Jill Sandjaja/DW*

Wenn wir das Problem Flächenfraß reduzieren auf die Tendenz zur Ökonomisierung jeder verfügbaren Freifläche – dann hätten wir mit einer »Besteuerung« und Lenkung dieser Ökonomisierung eine adäquate Reaktion, die den laufenden Prozess verlangsamen, ja vielleicht sogar stoppen und umkehren kann!

Ein großer Steuerungseffekt läge dabei auch in der bewussteren Wahrnehmung des eigenen Handelns. Die Leute würden dann zumindest kurz nachdenken: Brauchen wir das wirklich? Vernichten wir damit nicht auch einen größeren Wert?

Umgekehrt ließe sich die Attraktivität von Renaturierungen (proportional zur wirtschaftlichen Erschwernis von Naturzerstörungen) endlich politisch steuern (vordergründig über den Markt – aber die Marktbedingungen sind ja zu 100 Prozent unter politischer Kontrolle).

Man stelle sich vor: Die findigen Immobilienentwickler, die niemandem verantwortlich sind und das Land in den letzten 50 Jahren bis in die letzte Ecke mit Einkaufszentren und Gewerbegebieten überzogen haben, würden nun entdecken, dass man auch mit Renaturierung Geld machen kann. Würden abgewirtschaftete Gewerbeflächen aufkaufen, renaturieren und die Flächenvergütung einstreichen – dann würde die Gier noch als Motiv für etwas gesellschaftlich Nützliches dienen und (ohne zentrale Steuerung) zu einer positiven Dynamik beitragen.

PROBLEM FLÄCHENFRAß

Selbst wenn die Regierung die Zertifikate zunächst großzügig ausgeben würde – wenn das Instrument einmal da ist, dann wird es auch eingesetzt, und zwar (der Eigendynamik solcher Steuerungsinstrumente folgend) auch zunehmend restriktiver. Zusätzlich würden wirtschaftliche Profiteure die Dynamik hin zu Renaturierung und Flächenschonung verstärken.

Und ich bin mir sicher: Wenn ein Bundesland dieses Instrument einsetzt, dann werden andere nachziehen. Vielleicht ist das ein Weg, jetzt kurz vor zwölf noch sehr Vieles zu retten. Denn wir müssen vor allen Dingen Zeit gewinnen!

Teil 1 erschien in DW N°26. Der Autor Lucaz Kirch ist praktischer Linguist und Familienvater, legt Wert auf die Wiedergewinnung einer konstruktiven Linken und hat DW diesen Originalbeitrag zur Verfügung gestellt.

ICH BIN RECHTS

von Benedikt Kaiser

Ich bin »rechts«. Für mich heißt das, den demokratischen, volksverbundenen Widerstand aufrichtig zu leben – obschon die Diabolisierung unweigerlich folgt.

»Wenn im politischen Kampf ›rechts‹ negativ konnotiert ist«, führte der Historiker Karlheinz Weißmann zu diesem Problem an, »dann weil die Linke die kulturelle und politische Macht besitzt. Wenn ich diesen Machtbesitz in Frage stellen will, muß ich eine hinreichend klare Alternative bezeichnen.«

Drei Konkretisierungen: Erstens ist mit »die Linke« die heute vorherrschende Verfallserscheinung der »Kapital-Linken« (Charles Robin) gemeint. Es geht gegen die konformistische *No-Nations-No-Border*-Linke, die ihren Frieden mit dem hegemonialen Neoliberalismus gemacht hat, große Fragen nicht stellt und sich dafür frei an zahllosen Nebenwidersprüchen und Ablenkgefechten – ob *LGBTQ+* oder »Kampf gegen Rechts« – vertun darf. Aus engagierten Klassenkämpfern wurde die postmoderne Sprachpolizei, aus gelebter Solidarität mit den Schwachen der Fetisch des politisch korrekten Unterdrückens.

Zweitens will ich den »Machtbesitz« dieser neuen Linken in Frage stellen. Sie verschmelzen liberale, linksliberale und linke Interessengruppen zu neuen Formen falscher Eliten. Ihr publizistischer Machtbereich reicht von »linksalternativen« Zeitungen bis in die GEZ-Presse hinein. Sie geben mit ihrem »Diskurs« von totaler Emanzipation und »offener Gesellschaft« den Kapitalgruppen ein freundliches Gesicht. In den Worten des Dramaturgen Bernd Stegemann: »Die Ausbeutung der Welt steigert sich, aber wir versehen die Ausgebeuteten heute mit einem Gendersternchen.«

Drittens bezeichne ich als »hinreichend klare Alternative« die Idee des Solidarischen Patriotismus. Dieser Begriff enthält die wichtigsten Pole einer alternativen Rechten: Solidarität als konkrete Praxis, weil man als Teil der Gemeinschaft Verantwortung für sie trägt. Hinzu tritt Patriotismus als Bekenntnis zum verteidigungswürdigen Eigenen. Beide Pole bedingen einander: »Ohne Gemeinsinn kein Gemeinwohl. Ohne Solidarität der Bürger keine Bestandsgarantie von republikanischer Freiheit. Ohne Patriotismus keine Patria« (Volker Kronenberg). Der Solidarische Patriotismus ist somit ein Angebot an gemeinwohlorientierte Kräfte aller Seiten. Er integriert als »rechter« Ansatz konstruktive »linke« Elemente. Ob er auch restlinke, vernunftbegabte Kräfte ansprechen kann, wird die Zukunft zeigen. Einstweilen grüßt er solidarisch über den Graben hinweg.

Benedikt Kaiser lebt als Lektor des Verlages Antaios und Redakteur der konservativen Zeitschrift Sezession in Sachsen. Er gilt Freund und Feind als »linker Rechter«.

QUERFRONT ODER BURGFRIEDEN

WER HILFT MIT? TEIl 2: BURGFRIEDEN. ***»Den Schuh zubekommen!« Weder sind »Rechte« dabei, Pogrome auszulösen, noch ist die Regierung »links«. Wir müssen – und werden! – »mehr Demokratie wagen«*** *von Ralph T. Niemeyer*

Als Journalist in der Bonner Republik, sowie als Auslandskorrespondent in Washington, Moskau, Berlin Hauptstadt der DDR und in Paris, sowie hernach als EU-Korrespondent habe ich etliche Manipulationen und auch derben Machtmissbrauch seitens der Präsidenten Ronald Reagan und George Bush sowie Bundeskanzler Helmut Kohl erlebt.

Aber was uns gegenwärtig durch die Mainstream-Medien geboten wird, schlägt dem Fass den Boden aus. Selbst in der Hochphase der Iran-Contra-, der U-Boot-, der Barschel- und der Lybien-Affäre, die ich allesamt hautnah miterleben musste, wurde nicht so voreingenommen und einseitig durch die Medien berichtet wie heutzutage.

Die »Corona-Krise« hat das Zeug zum weltweiten 9/11, der der Rechtfertigung aller Regierungen für eine unpopuläre Agenda dient, welche auch immer diese im konkreten Fall sein mag, zu werden. Unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung peitschen Regierungen restriktive spezifisch sehr unterschiedliche Maßnahmen durch, die keine Bevölkerung und freie Wirtschaft jemals widerspruchslos erdulden würde.

So kommt es mitunter zu durchaus erfreulichen Aktionen seitens der Herrschenden, wie zum Beispiel der vielen neuen Radwege in der Innenstadt von Brüssel oder dem effektiven Vorgehen des Südafrikanischen Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa gegen korrupte Strukturen seiner Regierung. Summa Summarum kann man feststellen, dass die am stärksten neo-liberal durchdrungenen Länder auch am meisten mit Coronafällen zu kämpfen haben, einerseits, weil deren Gesundheitssysteme durch neo-liberalen Privatisierungswahn ruiniert wurden, wie zum Beispiel in Italien und Spanien, oder aber traditionell schlecht ausgestattet sind, wie in Großbritannien oder den USA. Und andererseits, weil es die neo-liberalen Regierungen ihrer Klientel, vermeintlich bürgerlichen und tatsächlich reaktionären Kräften, sowie Reichen und Großkonzernen, schlecht verkaufen könnten, wenn sie plötzlich sozialer und nachhaltiger werden, als ihr Credo es ihnen erlauben würde.

Mit anderen Worten, diejenigen, die 30 Jahre lang nach dem Zusammenbruch des ersten sozialistischen Versuches dem ungehemmten Neo-Liberalismus das Wort geredet haben, würden ihren schlechten Ruf ruinieren, wenn sie plötzlich wie Trump oder Johnson dabei gesehen würden, wie sie freie Krankenversicherung und vollumfängliche Versorgung für Alle propagieren.

SIEG DER RUNDEN ÜBER DIE GRÜNEN TISCHE

Dies führt uns vor Augen, dass sich das politische Koordinatensystem diametral verschoben hat. Was einst als ultra-linke Forderung gegolten hat, ist plötzlich opportun in rechten Kreisen. Umgekehrt befürworten aufgeklärte Linke plötzlich den staatlichen Kontroll- und Regelungswahn, der ansonsten von Rechten gefordert wird.

1989 und heute stellen historische Zäsuren dar. Ebenso wie 1989 sind mal wieder die Lügen zu groß geworden.

Die Tatsache, dass ich mit meinen auch heute noch für mich gültigen Überzeugungen, daß der Frieden insbesondere mit Rußland, die Auflösung der NATO, der Kampf gegen Faschismus, Hochfinanz, Waffen-, und Pharmalobbyisten, und für eine soziale, nachhaltige und freiheitliche Politik in der alten BRD von Kohl und Strauß als ultra-links gescholten wurde, und die Niedervereinigung aus eben dem Grunde abgelehnt hatte, weil mir klar war, dass mit dem Anschluss der DDR ein Rechtsruck folgen würde, und somit faktisch 1989 auf der falschen Seite stand, beweist, dass sich das politische Koordinatensystem diametral verschoben hat.

Denn heute stehen meine ehemaligen Genossen mir als Teil der Merkel'schen Querfront gegenüber, was mich in die Lage bringt, in Anlehnung an KPD-Genossen Max Reimann zu rufen: ich habe nicht die Wiedervereinigung von 1990 begrüßt sondern die Wende von 1989 als Konterrevolution gesehen; aber ich werde sie nun verteidigen müssen gegen alle jene, die damals auf Kohl's Märchen hereingefallen sind und mir nun vorwerfen, den Grundkonsens von uns Humanisten und demokratischen Sozialisten zu verraten, weil ich den Geist von Leipzig '89 wiederbeleben möchte.

Natürlich gibt es die krudeste geschwurbelte Verschwörungstheorie des Jahrhunderts: Kapitalismus bricht so mir nichts dir nichts vor einem Virus zusammen!

Alles Nazis außer Mutti?

Hoppala! In der Bundesrepublik sind ein paar Kleinigkeiten durcheinandergeraten. *Von Batseba N'Diaye und Johnny Rottweil (DW)*

Liebe Kinder. Der Begriff der **»Querfront«** bezeichnet einen kurzen Moment in der Spätphase der Weimarer Republik, als zwei zutiefst verfeindete Parteien, die linke Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit der rechten und faschistischen Hitler-Partei (NSDAP) beim Streik der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) auftraten. Die BVG plante Lohnsenkungen. Das Zusammentreffen fand am 6. November 1932 statt, ist also, *huah!*, **88** Jahre her. – **»Burgfrieden«** bezeichnet die nationale Gleichschaltung insbesondere der SPD zur Weltkriegsführung im Jahr 1914.

Sprung ins Hier und Jetzt: Die bürgerlichen Kinder (insbesondere der Nazis) haben seit der Hippie-Zeit nach 1968 viel mit ihren **Fetisch-Themen** zutun: Hinter jeder Hecke könnte ein Faschist lauern, hinter jeder angemalten Betonmauer eine Kommunistin. Ansonsten geht es viel, sehr viel, um die eigene Sexu*ali_tät, das werte Wohlbefinden und den eigenen Status. Man möchte günstiges Hauspersonal für die geerbte Altbauwohnung und beansprucht doch moralische Reinheit.

Todeslüsterne Nazis oder wild entschlossene Kader-Stalinisten gibt es 2020 kaum mehr. Eine Bedrohung für Demokratie, Wissenschaft, Rechtsstaat und Pressefreiheit geht im Deutschland der Gegenwart, leider, von der ultra-extremistischen und gewaltbereiten Regierung Angela Merkels aus. Die ward vor Corona noch genannt **»Mutti«**. Hinter ihr stehen undemokratische Konzerne und *New-Age*-Sektierer. Rationale Demokratinnen und Demokraten wenden sich aus Notwendigkeit gegen den neuen Totalitarismus – und lassen ansonsten, gleichsam, **die Kirche im Dorf**.

Aber wenn wir uns einig sind, dass es zwar einen mitunter in manchen Fällen tödlichen Virus gibt, der nicht unterschätzt werden sollte, weshalb bestimmte Regeln durchaus Sinn machen dürften, wir aber deshalb weder zu paranoiden Maskenmenschen mutieren und auch nicht übereilt irgendwelche Impfversuche mit uns machen lassen müssen, dann kann man sicher über so einige Maßnahmen verhandeln, die die allgemeine Gesundheit fördern.

1989 WILL VOLLENDET WERDEN

Aber dazu zählt Augenmaß und vor allen Dingen die Einsicht und Freiwilligkeit der Bevölkerung und eben nicht ein Zwang, der sehr schnell mit dunkelsten Kapiteln der Geschichte unseres Vaterlandes in Verbindung gebracht wird. Es gilt vor allem die Würde des Menschen, besonders im Falle von Krankheit, gesegnetem Alter und im Sterbevorgang und die Freiheit der Selbstbestimmung zu wahren.

Und es gilt die soziale Existenz aller Menschen zu sichern, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die Suizidrate während dieses Jahres hat sicher wegen der zum Teil übertriebenen Maßnahmen stark zugenommen. Das darf nicht verschwiegen werden. Es gibt nicht nur Tote, die mit und wegen Corona verstorben sind, sondern auch viele, die wegen der Maßnahmen gegen Corona gestorben sind.

Und, wenn ich sage, wir müssen versöhnen und nicht spalten, dann möchte ich den Anfang damit machen zuzugeben, was wir Sozialisten falsch gemacht haben. Unser System hat offensichtlich nur bedingt funktioniert. Es erstickte schließlich an einem völlig irrationalen Zentralismus. Der Kapitalismus hingegen verschluckt sich an seiner Gier und Konzentration.

Der Sozialismus versprach, dass man alles bekommen würde, was man brauche. Der Kapitalismus behauptet, wir bräuchten alles, was wir bekommen. Bevor wir weiter in einen neuen Faschismus abrutschen, müssen wir darüber reden, wie es weitergehen soll. Dafür ist es aber notwendig, eines einzusehen. Corona legt endlich offen, wo es bei uns hapert und was wir tun müssen, um eine bessere Gesellschaft zu schaffen.



Bauhausfest am 24. November 1924 in der Gaststädte Ilmschlösschen bei Weimar. Foto: Louis Held

Was ansteht, ist allerdings wirklich eine Revolution: Die Abkehr von der Logik ungebremsten Wachstums! Wenn ein System sich nur um den Preis von Zerstörung am Leben halten kann, dann verhandelt man nicht um die Höhe des Preises, sondern stellt das System in Frage!

QUERFRONT GEGEN BURGFRIEDEN ODER UMGEKEHRT

Der Sozialismus implodierte, Kapitalismus explodiert und führte bisher stets zu großen Kriegen, und auch heute gibt es eine konkrete Weltkriegsgefahr, weil das die-Luft-aus-den-Blasen-lassen halt nicht ohne brutale soziale Verwerfungen zu gelingen scheint. Gastronome, mittelständische Unternehmerinnen, freischaffende Künstler, auch Lebenskünstler!, Wissenschaftler, Arbeitnehmer, Menschen, die das System recht zynisch aufgegeben hat, und vor allem jene, die sich am wenigsten wehren können. Kinder, Jugendliche und Senioren zahlen mal wieder die Zeche, die Hedgefondsmanager und Investmentbanker geprellt haben.

Jegliche »Querfront«-Bestrebungen sind mir zuwider, aber wie schon 1989 haben wir es mit einem Schnürsenkel zu tun, mit dem wir den Schuh versuchen zuzubekommen. Das gelingt nur unter Verwendung beider Enden; und wenn wir dann den Schuh zuhaben, haben wir wieder zwei Enden, die sich demokratisch und respektvoll miteinander auseinandersetzen müssen...

1989 war auch der Sieg der Runden Tische über die Grünen Tische. Machen wir da weiter, wo wir 1989 stehengeblieben sind!

Ralph T. Niemeyer ist Journalist, Autor und Filmproduzent in Berlin. Er wuchs in Bad Godesberg als Sohn eines Ministerialbeamten auf. Er steht traditionell den Parteien SPD und Die Linke (PdL) nahe.

»WER HILFT MIT? TEIl 1: QUERFRONT«, erschien im zurückliegenden Widerstand N° 26 am 14. November 2020.

ICH BIN LINKS

von Jeanne Freyfus

Ich bin ein Mensch, der von der Linken ist: Ich möchte den Ausgleich der Interessen, Gleichberechtigung der beiden Geschlechter, Toleranz gegenüber den wenigen, die sich nicht festlegen können – viel mehr Gemeineigentum und mehr Demokratie in der Produktion — und seriösen Internationalismus.

Das westliche »Wertebündnis«, das ist uns Franzosen klar, ist in erster Line die Kriegsallianz der USA. Kein anderes Imperium hat soviele Menschenleben ausgelöscht, soviele Landstriche, Seelen, ruiniert, wie das amerikanische. Es hatte allerdings 100 Jahre Zeit – und ob man die Weltmacht der Russen oder gar der Chinesen unbesser finden würde, steht auf einem anderen Blatt. *Links* heißt, die Wahrheit sagen: Alle drei sind kapitalistische Weltmächte, sie alle tragen den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.

Es gibt bei uns in Frankreich eine starke Strömung von *links und rechts*, die *Souveränisten*. Obwohl wir formal zu den Siegern der Weltkriege gehörten, macht sich bei uns niemand Illusionen. Wir sind ein Kätzchen des amerikanischen Tigers. Das hatte zunächst – in Deutschland ist es ähnlich, denke ich – einige Vorteile. Wir sind nicht undankbar. Wir machten einige Verbesserungen durch, gaben Algerien frei, der Alltag wurde einerseits leichter. Andererseits gaben wir den letzten Rest unserer Würde preis. Nicht, dass die französische Geschichte ohne Scham wäre; die Amerikaner jagten uns in jede Scheiße.

Wir machen uns nicht die geringsten Illusionen über den Charakter der Europäischen Union. Diese ist ein Projekt zur finalen Zerstörung der Demokratien Europas. Macron ist nach Hollande der unbeliebteste Präsident aller Zeiten. Sosehr wir uns auch mittlerweile wünschen, mit den Deutschen einigermaßen freundschaftlich und gerecht verbunden zu sein: Diese EU ist einfach ein dreckiges Bordell der Konzerne, undemokratisch, kriegerisch, illegitim. Deshalb lehnten wir die EU-Verfassung 2005 ab.

Die große demokratische Tradition der Franzosen, die ihre Könige, Fürsten, Bischöfe und Ausbeuter an die Laternen hingen und jeden Menschen für frei, gleich und brüderlich erklärten, ist vorbei. Die Globalkonzernfürsten arbeiten daran, das Land völlig zu zerstören.

Ich habe von Beginn an, nach der Arbeit, die Proteste des »*Nuit debout*« und der »Gelbwesten« unterstützt. Ich komme aus diesen Kreisen. Wir können uns durchsetzen, aber wir hoffen, diesmal machen die Deutschen den Anfang.

Jeanne Freyfus (Pseudonym), ist seit fast einem Jahrzehnt TV-Korrespondentin eines französischen Fernsehsenders in Berlin. Gebürtig aus Reims, wuchs sie in Paris auf. Vormals in der PS, seit 2016 parteilos. Im Büro erhielt sie Ende März 2020 »die zentrale Order, über Corona zu lügen«.



Ein Kollegium des Bauhauses beim »Weberaufstand«: Die Gruppe Bauhaus brachte Künstler, Handwerker und Arbeiter zusammen. Nach seiner nationalen Gründung durch Architekt Walter Gropius entfaltete die Kunstschule eine europaweit einflussreiche Konzeption und Stilistik. Foto: Commons.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLD BRECHT

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 27. Ausgabe ab Samstag, 21. November 2020. | Redaktionsschluss war am 19. November, 9 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« an A. Lenz, Vorstand K.D.W. e.V., **IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.**

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stlv.) **Chefin vom Dienst:** Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Demokratiebewegung:** Samuel Gfrörer **Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Redaktion:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann. Johnny Rottweil**. V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. Verlag: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH (in Gründung), Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.